

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

109. Sitzung

Berlin, Freitag, den 7. Mai 2004

Tagesordnungspunkt 21:

- a) Zweite und dritte Beratung des von den Fraktionen der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zur Sicherung und Förderung des Fachkräftenachwuchses und der Berufsausbildungschancen der jungen Generation (Berufsausbildungssicherungsgesetz – BerASichG)** (Drucksachen 15/2820, 15/3064, 15/3065)
9895 A

Petra Pau (fraktionslos):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Streit um eine Ausbildungsplatzumlage hat die Jahrhundertwende überdauert und hält an. Dabei wird er mit ganz eigenartigen Argumenten weitergeführt.

Ich will gleich vorneweg wiederholen, was ich in der ersten Lesung gesagt habe: Die PDS im Bundestag stimmt für eine Ausbildungsplatzumlage, obwohl, liebe Kolleginnen und Kollegen von Rot-Grün, das vorliegende Gesetz nicht unbedingt das Gelbe vom Ei ist.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Wir sind nicht etwa für die Umlage, weil uns nun plötzlich die Regelwut erfasst hätte. Wir sind für eine Ausbildungsplatzumlage, weil es zu viele Jugendliche gibt, die keine Lehrstelle bekommen. 35 000 Lehrstellen fehlen nach Ansicht der Bundesregierung; allein das wäre schon schlimm. Real sind es aber rund 200 000 und das ist schlimmer.

Nun haben die Ministerpräsidenten Beck und Steinbrück – beide SPD – einen **Ausbildungspakt** ins Spiel gebracht. Das ist, wie ich finde, wahrlich keine neue Idee, zumal die Hoffnung, dass die Wirtschaft von sich aus ausreichend Lehrstellen anbietet, seit Jahren immer wieder getrogen hat. Deshalb ist der Steinbrück/ Beck-Vorstoß aus meiner Sicht unglaubwürdig. Mir sind übrigens die SPD-internen Kontroversen weitgehend egal. Ich halte hier für das Protokoll nur fest, dass maßgebliche SPD-Politiker im Zweifel als Anwalt der Unternehmen und nicht als Anwalt der Zukunft operieren, ganz so wie Minister Clement beim Klimaschutz.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Unserer Meinung nach geht der so genannte Ausbildungspakt auch an der Sache vorbei. Zum Ersten soll der Pakt zu einem Drittel durch Steuergelder finanziert werden. Mit einem solchen Pakt würden also der unbefriedigende Status quo und die Flucht der Unternehmen aus ihrer Verantwortung noch legalisiert werden. Zum Zweiten soll der Pakt Ländersache sein. Das heißt, die Länder, die arm dran sind, bleiben auch arm, und die Länder, in denen mehr ausgebildet werden könnte, werden aus der Solidarität entlassen. Schließlich soll der Pakt auch noch eine Alternative zur Umlage darstellen nach dem Motto: Entweder-oder. Der Steinbrück/Beck-Vorstoß trägt also obendrein auch noch erpresserische Züge.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Tatsache ist: Drei von vier Unternehmen bilden nicht aus, obwohl viele von ihnen es könnten. Das ist unmoralisch, asozial und übrigens auch rechtlos. Regelrecht dumm wird es, wenn dieselben Unternehmen, die nicht ausbilden, nun drohen: Kommt die Umlage, dann bilden wir überhaupt nicht mehr aus. Dass die Opposition zur Rechten diesen Blödsinn auch noch durch alle Medien trägt, spricht nicht gerade für ihre PISA-Tauglichkeit.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Ich wiederhole für die PDS im Bundestag: Wir hätten gern ein besseres Gesetz. Deshalb haben wir entsprechende **Änderungsanträge** gestellt. Wir haben zwei Grundanliegen: Wir wollen, dass alle Jugendlichen, egal ob in Mecklenburg-Vorpommern, im Saarland oder in Bremerhaven, eine Chance bekommen und nicht von der Schulbank weg in ein ungewisses Schicksal entlassen werden. Zweitens wollen wir, dass diejenigen, die bisher ausbilden und es auch weiterhin tun wollen, nicht in finanzieller Hinsicht die Dummen sind, während andere sich durch Nichtstun eine goldene Nase verdienen.

Deshalb ist die PDS für eine Ausbildungsplatzumlage; sie ist längst überfällig. Ich hoffe, dass Sie nicht unsere zwei Stimmen brauchen, um diese Umlage heute durchzubekommen, sondern bis zum heutigen Morgen genügend Überzeugungsarbeit dafür geleistet haben, dass Rot-Grün zu diesem Gesetzentwurf bis zur Umsetzung steht.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])